**Änderung der Verordnung der Stadt Landshut über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Landshut (Taxitarifordnung - TTO);
Antrag Taxi-Ruf Landshut vom 11.03.2022**

Gremium:	Ferientsenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	1	Zuständigkeit:	Referat 3
Sitzungsdatum:	19.08.2022	Stadt Landshut, den	28.07.2022
Sitzungsnummer:	3	Ersteller:	Herr Margezeder

Vormerkung:

Die derzeit geltende Verordnung der Stadt Landshut über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Landshut (Taxitarifordnung - TTO) ist seit dem 04.06.2020 in Kraft.

Die Taxi-Ruf Landshut GbR hat mit Schreiben vom 11.03.2022 einen Antrag auf Tarifumgestaltung mit gleichzeitiger Anhebung der Taxitarife in Landshut gestellt. Diesbezüglich ist festzustellen, dass es im originären Verantwortungsbereich der ermächtigten Behörde liegt, die Taxi-Tarife zu gegebener Zeit durch Rechtsverordnung anzupassen und hierfür die Initiative zu ergreifen. Die Stellung eines Tarifierhöhungsantrags von örtlichen Taxiunternehmen ist hier insoweit nicht vorgesehen.

Der vorgenannte Antrag wurde jedoch seitens der Verwaltung zum Anlass genommen die aktuelle Tarifsituation zu überprüfen und eine Anpassung der Taxitarifordnung (TTO) anzustoßen.

Die begehrte Anhebung der Taxitarife in Landshut wird mit einer Vielzahl von enormen Kostensteigerungen seit der letzten Tarifanpassung im Jahr 2020 begründet. Hier werden allem voran gestiegene Treibstoffkosten, Erhöhung der Kosten für KFZ (Versicherungsgebühren, Steuer, Reparaturen und Unterhalt), gestiegene Verwaltungs- und Eichgebühren sowie die stetige Steigerung der Lohnkosten, insbesondere die Erhöhung des Mindestlohns und der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung) angeführt.

Die Taxi-Ruf Landshut GbR beantragte im selben Zug eine Verkleinerung des Pflichtfahrbereichs auf das Gebiet der Stadt Landshut mit den Anrainergemeinden Altdorf, Ergolding und Kumhausen, um u.a. die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Mietwagenunternehmen zu stärken und die Flexibilität im Hinblick auf den Abschluss von langfristigen Verträgen mit Partner aus der Wirtschaft (Reisebüros, Unternehmen usw.) zu erhöhen sowie die Stand- und Wartezeiten wesentlich zu verkürzen.

Des Weiteren beantragte die Taxi Barta GmbH mit Schreiben vom 27.12.2021 die Einführung eines Zuschlages für ein sogenanntes Rollstuhl-Taxi. Rollstuhl-Taxis haben unter der Heckklappe eine ausfahrbare Rampe, über welche ein Rollstuhl in das Fahrzeug gefahren werden kann. Rollstuhlfahrer können in diesem Taxi „im Rollstuhl sitzend“ transportiert werden, was eine erhebliche Erleichterung für mobilitätseingeschränkte Personen darstellt. Die Kosten für den Umbau zu einem Rollstuhltaxi werden mit ca. 10.000,- € angegeben, welche teilweise über die angestrebten Zuschlagsgebühren (5,- €) refinanziert werden sollen.

Die Verwaltung sieht die vorgetragenen Argumente als teilweise begründet an und hält eine Neugestaltung der Tarifstruktur grundsätzlich für gerechtfertigt, weshalb mit Schreiben vom 21.07.2022 das gesetzlich vorgeschriebene Anhörungsverfahren durchgeführt wurde (vgl. § 14 Abs. 2 PBefG).

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens nach § 14 PBefG wurden die zu beteiligenden Behörden und Stellen angehört und haben hierzu nachfolgende Stellungnahmen abgegeben:

Die Regierung von Niederbayern hat sich am 09.08.2022 zur geplanten Anpassung der Taxitarifordnung (TTO) geäußert und hat ihr Einverständnis zur geplanten Anpassung der Taxitarifordnung erteilt.

Bei der geplanten Anpassung wurde festgestellt, dass im Vergleich mit anderen bayerischen Städten der Tarif damit ähnlich wäre, wie in denjenigen Städten, welche innerhalb der letzten Monate Ihre Taxi-Tarifordnung angepasst haben.

Grundsätzlich äußerte die Regierung Bedenken bei Zuschlägen, welche bei der Beförderung von Rollstuhlfahrern anfallen. Weil sich der vorgeschlagene Zuschlag jedoch ausschließlich auf die Beförderung in speziell dafür umgebauten Fahrzeugen (sog. „Rollstuhl-Taxen“) beschränkt (wodurch den hohen Umbaukosten Rechnung getragen wird) und ein Zuschlag für die Beförderung von Rollstuhlfahrern in gewöhnlichen Taxen weiterhin nicht anfällt, liegt die Entscheidung letztlich bei der zu befördernden Person, ob durch die Bezahlung eines Mehrpreises ein spezieller Service und damit ein gesondert zu bezahlendes Komfortmerkmal in Anspruch genommen wird. Für jeden Rollstuhlfahrer bestünde bei Einführung eines Zuschlags für ein sog. „Rollstuhltaxi“ somit zumindest immer noch eine Wahlmöglichkeit zwischen der Nutzung eines gewöhnlichen Taxis oder eben eines sog. „Rollstuhltaxis“.

Das **Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht** hat den vorgelegten Entwurf der Taxitarifordnung (TTO) geprüft und stimmt diesem zu. Lediglich die Summe der Zuschläge (vgl. § 3 Abs. 6 der TTO) erscheint dem Landesamt für Maß und Gewicht zu gering. Bei einem Großraumtaxi mit angenommenen 7 Fahrgästen mit je einem Koffer ergibt sich als Zuschlag (1. Koffer und 6 weitere und Großraumzuschlag = 0,50 € + 6,00 € + 5,00 € = 11,50 €). Es wird daher eine Maximalsumme der Zuschläge von 15,00 € vorgeschlagen.

Diesem Vorschlag ist die Verwaltung nur teilweise gefolgt und schlägt vor, dass die Zuschläge pro Beförderungsauftrag einen Gesamtbetrag von 10,00 € (bisher 7,50 €) nicht überschreiten dürfen. Eine Maximalsumme von 15,00 € hält die Verwaltung für zu hoch angesetzt, da diese Gesamtschuld nur in den seltensten Fällen überschritten werden würde.

Zudem wurde mitgeteilt, dass aus technischen Gründen zwischen der Veröffentlichung und dem In-Kraft-treten der Änderungen zur TTO eine Frist von mindestens 2 Wochen liegen muss.

Der **Landesverband Bayerischer Taxi- und Mietwagenunternehmen e.V.** teilte mit, dass der geplante Entwurf aus seiner Sicht ausgewogen erscheint und die Belange von Gewerbe und Kunden gleichermaßen berücksichtigt. Die beantragten Preise bewegen sich im unteren Bereich vergleichbarer Städte. Der Antrag auf Änderung der TTO wird unterstützt.

Die Industrie- und Handelskammer Niederbayern verglich in Ihrer Stellungnahme die angestrebten Änderungen im Vergleich zu den übrigen Taxitarifen in Niederbayern. Mit dem geplanten Tarif würde das höchste Niveau in Niederbayern erreicht werden – wobei die Stadt Landshut teilweise auch weitaus günstigere Tarifbausteine als andere Tarifbezirke aufweist. Weiter wird die Gefahr gesehen, dass die angestrebte Tarifierhöhung die Ertragslage der Unternehmen nicht verbessert und sich gegebenenfalls negativ auf Attraktivität von Taxifahrten auswirkt und Nachfragerückgänge eintreten.

Das **Landratsamt Landshut, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die Taxi-Zentrale Landshut e.G, die Taxi-Ruf Landshut GbR und ver.di Niederbayern** wurden im Rahmen der Anhörung ebenfalls beteiligt und haben von der Abgabe einer Stellungnahme zu dem ausgearbeiteten Entwurf der Taxitarifordnung (TTO) abgesehen.

Zusammenfassung der Stellungnahmen:

Es ist festzustellen, dass die beteiligten Behörden und Fachverbände die neue Tarifordnung grundsätzlich befürworten und nur die vorstehend genannte Änderung angeregt haben. Die entsprechenden Änderungen, welche farblich gekennzeichnet sind, können der in der Anlage beigefügten Neufassung der Taxitarifordnung (TTO) entnommen werden.

Wie vorstehend bereits ausgeführt liegt die geplante Tariferhöhung auch nach Prüfung der Regierung von Niederbayern in einem ähnlichen Rahmen. Die ursprünglich begehrte Tarifierhöhung der Taxi-Ruf Landshut GbR wurde annähernd übernommen.

Durch die Neuregelung ergibt sich folgende Tariferhöhung:

Grundpreis (6 - 22 Uhr):	bisher 3,50 €	neu 4,50 €	Steigerung 28,57 %
Grundpreis (22 - 6 Uhr):	bisher 5,00 €	neu 6,00 €	Steigerung 20 %
Mindestfahrpreis (6 - 22 Uhr):	bisher 3,70 €	neu 4,70 €	Steigerung 27 %
Mindestfahrpreis (22 - 6 Uhr):	bisher 5,20 €	neu 6,20 €	Steigerung 19,23 %

Wegtarif:

Kilometerentgelt 0-3km	bisher 2,20 €	neu 2,50 €	Steigerung 13,64 %
Kilometerentgelt 3-8km	bisher 2,00 €	neu 2,30 €	Steigerung 15 %
Kilometerentgelt ab 8km	bisher 1,70 €	neu 2,00 €	Steigerung 17,65 %
Zeittarif:	bisher 28,00 €/Std.	neu 32,00 €	Steigerung 14,29 %
Zuschlag für frei transp. Tiere:	bisher 0,50 €	neu 1,00 €	Steigerung 100 %

Zudem soll ein Zuschlag in Höhe von 5,00 € für den „Transport im Rollstuhl“ neu eingeführt werden. Durch den Zuschlag finanziert sich der Umbau eines normalen Taxis zu einem „Rollstuhltaxi“ mit. Das Rollstuhltaxi stellt eine deutliche Erleichterung für mobilitätseingeschränkte Personen dar. Zweifelsfrei ist es für Menschen mit Behinderung das geeignetste öffentliche Verkehrsmittel, da ein Taxi im Vergleich zu Bus oder Bahn nahezu jede Adresse anfahren und dort halten kann und nicht wie Bus/Bahn an Haltestellen gebunden ist.

Die Anhebung der Tarife ist auf Grund der vorgetragenen Kostensteigerungen gerechtfertigt und auch nach Mitteilung der Regierung von Niederbayern in einem ähnlichen Rahmen. Damit lassen sich die stark gestiegenen Kosten abfangen. Die Einführung eines Zuschlags für den Transport von Rollstuhlfahrern in sog. Rollstuhltaxen wird als Notwendigkeit für die Finanzierung des Umbaus gesehen, was wiederum einen Mehrwert für die Rollstuhlfahrer darstellt. Die Versorgung der Bürger mit den Dienstleistungen des Taxiverkehrs kann damit weiterhin sichergestellt werden.

Zusammenfassend beinhaltet die neue Taxitarifordnung (TTO) eine spürbare Preissteigerung, die auf Grund der in den letzten beiden Jahren deutlich gestiegenen Kosten für die Taxiunternehmer sowohl für den Bürger akzeptabel als auch die Verwaltung gerechtfertigt erscheint.

Der Pflichtfahrbereich, welcher das Gebiet der Stadt Landshut und des Landkreises Landshut umfasst, sollte vor allem aus Gründen der Verbraucherfreundlichkeit beibehalten werden. Dadurch werden die Bürger in einem größeren Einzugsbereich mit Taxen bedient – da im gesamten Landkreis Beförderungspflicht zu gleichen Bedingungen besteht.

Zudem umfasst der Pflichtfahrbereich auch bei den in den Vergleich mit anderen bzw. in der Region befindlichen Kommunen und Landkreise einbezogenen Taxitarifordnungen (TTO) sowohl das jeweilige Stadtgebiet als auch den angrenzenden Landkreis. Es ist darauf hinzuweisen, dass verschiedene Kreisverwaltungsbehörden in ihren Taxitarifordnungen teilweise flächenmäßig weitaus größere Pflichtfahrgebiete festlegen – nicht selten sogar über die Stadt- und Landkreisgrenze hinaus, wie folgende kurze Aufstellung der jeweiligen Pflichtfahrgebiete aufzeigt.

Stadt Straubing: Gebiet der Stadt Straubing und des Landkreises Straubing-Bogen

Stadt Passau: Gebiet der Stadt und des Landkreises Passau

Stadt Deggendorf: Gebiet des Landkreises Deggendorf

Landkreis Freyung-Grafenau: Gebiet des Landkreises Freyung-Grafenau

Landkreis München: Landkreise München, Erding, Freising und die Landeshauptstadt München, sowie weitere Anrainergemeinden in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Fürstenfeldbruck und Starnberg

Stadt München: Landeshauptstadt München, die Landkreise München, Erding und Freising, sowie Große Kreisstadt Dachau, Gemeinde Karlsfeld und teilweise der Landkreis Fürstenfeldbruck

Stadt Freising: Gebiet der Landkreise Freising, Erding, München und Landeshauptstadt München

Stadt Ingolstadt: Gebiet der Stadt Ingolstadt und der Landkreise Eichstätt, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen und das Gebiet der Stadt Neustadt/Donau

Stadt Regensburg: Gebiet der Stadt und des Landkreis Regensburg, sowie der Gemeinde Bad Abbach

Landkreis Regensburg: Gebiet des Landkreis Regensburg und der Stadt Regensburg (m. Ausnahmen)

Würde sich die Stadt Landshut dazu entscheiden, das Pflichtfahrgebiet auf die Stadt Landshut und die Anrainergemeinden Ergolding, Altdorf und Kumhausen zu verkleinern, wäre dies im interkommunalen Vergleich das mit Abstand kleinste Pflichtfahrgebiet und damit auch ein absoluter Ausnahmefall, welcher zudem zu Lasten der Verbraucherfreundlichkeit geht.

Abschließend ist festzustellen, dass die neue Taxitarifordnung (TTO) die Anforderungen des Verbraucherschutzes erfüllt und mit der Erhöhung der Taxitarife, auch dem Begehren der Taxiunternehmer nach einer Tarifierhöhung Rechnung trägt – insofern ist ein angemessener Interessensausgleich zwischen Verbrauchern und Wirtschaft gegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Referentin wird Kenntnis genommen.
2. Der Erlass anliegender, von der Referentin vorgelegten, erläuterten und einen Bestandteil dieses Beschlusses bildenden Verordnung der Stadt Landshut über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in der Stadt Landshut (Taxitarifordnung - TTO) wird beschlossen.

Anlagen:

- Anlage 1. Tarifzonen
- Anlage 2. Taxitarifordnung - kommentierter Änderungsentwurf
- Anlage 3. Taxitarifordnung - Neufassung